

Einleitung

Uwe Wagschal, Sebastian Jäckle und Georg Wenzelburger¹

Die Vergleichende Politikwissenschaft, historisch oft (verengend) auch als Vergleichende Regierungslehre bezeichnet, ist neben der Politischen Theorie, den Internationalen Beziehungen, dem Politischen System Deutschlands sowie den Empirischen Methoden einer der fünf großen Teilbereiche innerhalb der deutschen Politikwissenschaft. Dies zeigt sich nicht nur an der Zahl der Veröffentlichungen und Zeitschriften in diesem Bereich, sondern auch daran, dass die Vergleichende Politikwissenschaft mit den anderen vier Teildisziplinen in den Lehrplänen politikwissenschaftlicher Studiengänge einen festen Platz einnimmt. Daran hat auch die Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen nichts verändert. Im Gegenteil. Die Ausdifferenzierung des Faches führt zu einer stärkeren Strukturierung, und damit auch einem meist klar umrissenen Kanon an politikwissenschaftlichen Themen, den es insbesondere im Bachelor-Grundstudium abzuarbeiten gilt.

Das vorliegende Buch ist gezielt so konzipiert, diesen Bedarf für die Vergleichende Politikwissenschaft abzudecken. Es kann sowohl begleitend zu einer Einführungsveranstaltung in die Vergleichende Politikwissenschaft als auch als Nachschlagewerk und Vorbereitungslektüre für Prüfungen verwendet werden. Seine Gliederung in 16 jeweils ca. 20 Seiten starke Kapitel zu den wichtigsten Forschungsfeldern der Vergleichenden Politikwissenschaft, die auch unabhängig voneinander gelesen werden können, erlaubt beides. Gleichwohl sind die einzelnen Kapitel nicht willkürlich angeordnet, sondern sie folgen einer Ordnung, wie sie auch in den meisten Einführungslehrveranstaltungen angewandt werden dürfte: Ausgehend von den allgemeinen Grundlagen der vergleichenden Politikwissenschaft werden in den weiteren Kapiteln spezifischere Teilbereiche behandelt. Der vorliegende Band nimmt dabei insbesondere die institutionelle Ausgestaltung der Teilbereiche und die jeweils relevanten Akteure in den Blick. So wird beim Thema Macht etwa auf Fragen der institutionellen Gewaltenteilung sowie Vetospieler als zentrale Akteure eingegangen und zudem wird erläutert, auf welche Weise diese die nationalen Policies, also die Staatstätigkeit, beeinflussen.

Bevor jedoch gezeigt wird, was dieses Buch inhaltlich bietet, wird zunächst kurz vorgestellt, welche konzeptionelle Ausrichtung diesem Band zugrunde liegt.

1 Wir möchten uns an dieser Stelle im Namen aller Autoren des Bandes bei den fleißigen Helfern bedanken, die dieses Buch erst möglich gemacht haben. Magdalena Breyer, Marlen Klaws, Lisa Lauton, Carla Mundt und Jonas Schreijäg haben uns bei der Recherche unterstützt und durch ihr sorgfältiges Korrekturlesen zur Lesbarkeit der Beiträge beigetragen. Herzlichen Dank hierfür!

Konzeptionelle Ausrichtung des Bandes

Politikwissenschaftliche Forschung fußt, wie jede andere Forschung auch, auf dem jeweiligen Weltbild des Forschers. Aus wissenschaftstheoretischer Perspektive sind zwei Teilbereiche für das jeweilige Weltbild eines Forschers von besonderer Bedeutung. Einerseits seine *ontologische* Grundhaltung und andererseits seine mit dieser eng verbundene *epistemologische* Einstellung. Die Ontologie fragt dabei nach der Natur des (menschlichen) Seins und danach, was die Welt eigentlich ist. Die Epistemologie (Erkenntnistheorie), fragt danach, was der Mensch wissen kann, sie fragt nach dem Charakter bzw. der Relevanz dieses Wissens und auf welche Weise Wissen generell generiert wird. Idealtypisch lassen sich zwei Weltbilder unterscheiden: ein positivistisches und ein in Abgrenzung hiervon entwickeltes post-positivistisches Weltbild. Holzschnittartig kann man sagen, dass Forscher mit einer positivistischen Grundhaltung sich dadurch auszeichnen, dass sie von einer real existenten Welt ausgehen, die sich beobachten, vermessen und letztlich analysieren lässt. Entsprechend dieser positivistischen Ontologie können sie gewissermaßen von außen auf die Welt schauen und ihre Messinstrumente an diese anlegen, ohne dass sich ihr Untersuchungsgegenstand hierdurch grundlegend verändern würde. Der idealtypische Post-Positivismus geht in seiner radikalsten Form hingegen davon aus, dass eine einzige, objektiv vorhandene reale Welt nicht existiert. Die ontologische Basis ist vielmehr die Annahme, dass die Welt mit all ihren insbesondere sozialen Phänomenen und Interaktionen von den sie bevölkernden Menschen konstruiert ist – man nennt diese Denkrichtung deshalb auch Konstruktivismus. Unsere Wahrnehmung dieser, durch die individuellen Sinnzuschreibungen konstruierten »Realität«, sei deshalb auch nur subjektiv möglich, d.h. sie ist immer von der Sichtweise des Beobachters abhängig. Letztlich macht sich also jeder Mensch sein eigenes Bild von dem, was er als Realität wahrnimmt, oder anders ausgedrückt: jeder Mensch betrachtet die sich ihm präsentierenden Phänomene durch die ihm eigene »Brille«. Die aus einer solchen ontologischen Grundhaltung erwachsende post-positivistische Epistemologie geht davon aus, dass ein Beobachter sozialer Phänomene und ihre Beziehungen untereinander, in seiner Wahrnehmung immer durch die sozialen Konstrukte und seine eigene subjektive »Brille« beeinflusst wird.

Die diesem Buch zugrunde liegende Weltsicht lässt sich im positivistischen Bereich des soeben aufgespannten Kontinuums ansiedeln. Gleichzeitig ist es heutzutage selbstverständlich, dass sich auch eine eher positivistisch argumentierende Forschung ihrer eigenen Subjektivität bewusst ist und diese Problematik offen thematisiert, freilich nicht um letztlich das Ziel der Objektivität aufzugeben, sondern ihm durch intersubjektive Nachvollziehbarkeit näherzukommen.

Neben der Frage des jeweiligen Weltbildes ist in der Politikwissenschaft insbesondere von Relevanz, welche Rolle Normen in der Forschung spielen. Vor allem bezogen auf diese Frage der Normativität haben sich in Deutschland seit Ende des Zweiten Weltkriegs drei Schulen der Politikwissenschaft herausgebildet, die sich zeitweise (insbesondere in den 1960er/1970er Jahren) äußerst kritisch gegenüberstanden: die normativ-ontologische, die kritisch-dialektische und die empirisch-analytische Schule. Wenn gleich dieser Positionenstreit sich in den letzten Jahrzehnten deutlich abgeschwächt hat

und die großen Debatten hierzu beendet sind, so werden sich die allermeisten Politikwissenschaftler jedoch einer der drei Richtungen zuordnen.

Während normativ-ontologische Ansätze das eigentliche Ziel politikwissenschaftlicher Forschung darin sehen, gültige Normen des politischen Handelns zu erkennen, hierdurch gutes politisches Handeln vorzudenken und somit dem Gemeinwohl zu dienen, sind kritisch-dialektische Ansätze zwar ebenfalls daran interessiert, dem Menschen ein gutes Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen, ihr Beweggrund ist aber doch ein anderer. Aufbauend auf der idealistischen Geschichtsphilosophie Hegels und den historisch-gesellschaftspolitischen Analysen von Karl Marx, versuchen kritisch-dialektische Forscher insbesondere die historisch gewachsenen sozialen Abhängigkeitsverhältnisse und Herrschaftsbeziehungen zu analysieren um hierdurch gleichsam zu deren Überwindung beizutragen.

Die empirisch-analytische Politikwissenschaft nimmt in Bezug auf Normen eine im Vergleich zu den beiden anderen Schulen konträre Position ein. Normative Aussagen werden nicht angestrebt und sie ließen sich entsprechend des Weber'schen Postulats der Werturteilsfreiheit, dem sich diese Schule verpflichtet fühlt, auch nicht aus empirischen Analysen ableiten. Empirisch-analytisch arbeitende Forscher wollen politische und soziale Phänomene kausal erklären und leiten aus den gefundenen Zusammenhängen Prognosen für die Zukunft ab. Eine Veränderung bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse und Strukturen streben sie nicht an. Allerdings haben Vertreter der empirisch-analytischen Schulen den positivistischen Anspruch, allgemeingültige Gesetze aus der Betrachtung der Realität extrahieren zu können, größtenteils aufgegeben. Einerseits gelten ihnen die so gewonnenen Zusammenhänge stets nur als vorläufig bestätigt, bis sie durch eine gegenteilige Beobachtung falsifiziert werden, und andererseits untersuchen sie zumeist räumlich, zeitlich und inhaltlich abgegrenzte politische Phänomene. Man bezeichnet die so entstehenden sozialwissenschaftlichen Theorien deshalb als Theorien mittlerer Reichweite, im Gegensatz beispielsweise zur Gravitationstheorie in der Physik, die einen universellen Geltungsanspruch besitzt.

Dieses Buch steht eindeutig in dieser Tradition der empirisch-analytischen Politikwissenschaft – auch wenn die normativ-ontologische Schule insbesondere bei der Diskussion der theoretischen Grundlagen und Begrifflichkeiten (z. B. der Demokratie) eine gewisse Rolle spielt. Aus diesem Grund finden sich in den Kapiteln dieses Buches häufig empirische Vergleiche. Darüber hinaus ist auf den letzten Seiten des Buches eine Tabelle mit wichtigen politische Kennzahlen sämtlicher Staaten der Welt abgedruckt. Sie dient einerseits als Referenz für die einzelnen Kapitel und soll andererseits den Leser dazu ermuntern, selbst empirisch zu vergleichen.

Was dieses Buch bietet (und nicht bietet)

Ein einführender Überblicksband kann nicht alle Themen abdecken. So ist dieses Buch keine Einführung in die Methoden der Vergleichenden Politikwissenschaft. Diese hat sich methodisch in den letzten Jahren extrem ausdifferenziert und weiterentwickelt. Die Bandbreite reicht heute von interpretativen Verfahren wie der Diskursanalyse, über

klassisch vergleichende Untersuchungsdesigns, bei denen relativ wenige, dafür aber gezielt ausgewählte Fälle möglichst tiefgehend und systematisch verglichen werden, bis hin zu den quantitativ-statistischen Methoden, die sich schon lange nicht mehr in einfachen Kreuztabellen und OLS-Regressionen erschöpfen. Stichworte wären hier etwa: Mehrebenenanalysen, Strukturgleichungsmodelle, Überlebenszeitanalysen oder gepoolte Zeitreihenmodelle. Eine auch nur annähernd gründliche Diskussion der von der Vergleichenden Politikwissenschaft verwendeten Methoden würde deshalb den Umfang dieses Buches sprengen. Da Methoden zumeist auch als eigenständige Veranstaltungen in den Lehrplänen auftauchen, erscheint es zudem didaktisch gerechtfertigt, an dieser Stelle auf die einschlägige Literatur zu verweisen (Wagschal 1999a, Geschwend et al. 2006, Behnke et al. 2006, Lauth et al. 2009, Behnke et al. 2010, Jahn 2013, Wenzelburger, Jäckle und König 2014).

Dieses Buch ist auch kein Lexikon der (Vergleichenden) Politikwissenschaft: Die in den 16 Kapiteln behandelten Themenbereiche stellen zwar inhaltlich einen Kernbestand der Vergleichenden Politikwissenschaft dar. Allerdings wäre es unzureichend, die zentralen Begriffe der Teildisziplin ausschließlich lexikonartig in nur wenigen Zeilen abzuhandeln. Vielmehr stellen die folgenden Kapitel die zentralen Themen der Vergleichenden Politikwissenschaft mitsamt der dort vorherrschenden Abhängigkeiten (Interdependenzen) vor, da nur auf diese Weise der Komplexität Rechnung zu tragen ist. Die Kehrseite dieses Vorgehens ist, dass eventuell einzelne, potentiell für die Vergleichende Politikwissenschaft ebenfalls relevante Unterthemen nicht ausführlich behandelt werden können, wie etwa die Transitionsforschung, der Vergleich von Entwicklungsländern oder Themen der (vergleichenden) Politischen Ökonomie. Diese finden sich aber in den einschlägigen Lexika der Politikwissenschaft (Schmidt 2010, Nohlen/Schultze 2010). Dieses Buch fokussiert auf (westliche) Demokratien, wenn gleich auch an der einen oder anderen Stelle globale Vergleiche oder der Vergleich sämtlicher Demokratien erfolgen.

Die so eingegrenzten zentralen Themen der Vergleichenden Politikwissenschaft sind in diesem Band auf 16 Kapitel aufgeteilt. Im ersten Kapitel zur **Demokratie** (Sebastian Jäckle) werden nach einem kurzen Abriss klassischer und moderner Demokratietheorien die Problematiken diskutiert, die bei der vergleichenden Messung von Demokratie auftreten. Des Weiteren werden drei empirische Anwendungsbereiche der Demokratieforschung präsentiert, welche die Wirkung demokratischen Regierens untersuchen: die Analyse des Zusammenhangs zwischen Demokratie und Entwicklung, die Transitionsforschung und die Frage, ob Demokratien friedfertiger sind als Nicht-Demokratien. Das Kapitel endet mit weiteren Klassifikationsmöglichkeiten für demokratische und autokratische Systeme.

Kapitel zwei handelt von **Macht** (Thomas Metz und Sebastian Jäckle) und widmet sich damit einer zentralen Kategorie des Politischen. Nach einer begrifflichen und historischen Verortung des Konzepts wird die für moderne Demokratien elementare Komponente der Machtbegrenzung in Form von Gewaltenteilung und -vermischung diskutiert. Anschließend wird die Vetospielertheorie nach George Tsebelis als allgemeines Modell von Macht und Gegenmacht vorgestellt.

Das dritte Kapitel trägt den Titel **Wahlen** (Philipp Weinmann und Thomas Metz). Die freie, gleiche, allgemeine, kompetitive, geheime und zumeist direkte Wahl stellt das

zentrale Element demokratisch verfasster Systeme dar. Ihre Funktionen werden in diesem Kapitel ebenso beschrieben wie die konkreten Elemente der empirisch vorzufindenden Wahlsystemtypen. Welche Effekte die verschiedenen Wahlsysteme und ihre Komponenten (z. B. die Sitzzuteilungsverfahren bei der Verhältniswahl) auf die Politik und insbesondere das Parteiensystem haben, wird im Anschluss daran erläutert. Im zweiten Teil des Kapitels wechselt der Fokus von der Makroebene der Wahlsysteme auf die Mikroebene der einzelnen Wähler. Im Zentrum steht hier die Frage, wer wen warum wählt. Als Erklärungsansätze für das Wahlverhalten werden die drei prädominanten Schulen miteinander verglichen: der makro- und mikrosoziologische, der sozialpsychologische und der Rational Choice-Ansatz.

Christoph M. Haas untersucht im vierten Kapitel mit **Parlamenten** die Kerninstitutionen der repräsentativen Demokratie. Dabei werden zunächst die Bedeutung und die historische Genese des Parlamentarismus diskutiert, bevor die Funktionslogik von Parlamenten allgemein behandelt wird. Im zweiten Teil des Kapitels werden einerseits die ersten Kammern der Parlamente (also etwa der Bundestag) und anschließend die Zweiten Kammern behandelt. Diese können einerseits als Spezifikum der Staatsorganisation und andererseits als besondere Form des Parlamentarismus interpretiert werden.

In Kapitel fünf zur **Direkten Demokratie** (Uwe Wagschal) werden verschiedene Aspekte der direkten Beteiligung der Bürger erläutert. Das Kapitel stellt zunächst die unterschiedlichen direktdemokratischen Instrumente und ihre Funktionslogik dar, um daran anschließend die Anwendungshäufigkeit im internationalen und nationalen Vergleich zu diskutieren. Schließlich werden die Wirkungen von direktdemokratischen Entscheidungsverfahren untersucht, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf den neuen Formen alternativer Beteiligungsmöglichkeiten liegt.

Das sechste Kapitel mit dem Titel **Verfassung und Verfassungsgerichtsbarkeit** (Uwe Wagschal und Maximilian Grasl) befasst sich zunächst mit der politischen Grundstruktur eines Staates: seiner Verfassung. Daran anschließend werden die Entstehungs- und Veränderungsprozesse von Verfassungen behandelt, deren »Rigidität« im internationalen Vergleich sehr unterschiedlich ist. Der zweite Teil des Beitrags befasst sich mit der »Sicherung« der Verfassung durch Verfassungsgerichte. Dabei werden das Bundesverfassungsgericht sowie die Verfassungsgerichtsbarkeit im internationalen Vergleich dargestellt. Schließlich wird noch auf die Wirkungen der Verfassungsgerichte abgehoben.

Kapitel sieben befasst sich mit **Mehrebenensystemen** (Carola Fricke und Maximilian Grasl) und diskutiert dieses Konzept anhand von zwei konkreten Anwendungsfällen: dem Föderalismus und der Europäische Union. Das Kapitel gibt daher zunächst einen Überblick über das Konzept des Föderalismus, seine konstituierenden Dimensionen und empirischen Erscheinungsformen. Es diskutiert die Vor- und Nachteile eines föderalen Staatsaufbaus (Stichwort: Politikverflechtungsfälle), stellt die Leitbilder vor, welcher sich föderale Systeme gerne bedienen (z. B. das Subsidiaritätsprinzip), und bespricht die Möglichkeiten, Föderalismus zu messen. Der zweite Teil dieses Kapitels beschäftigt sich damit, wie im Mehrebenensystem der Europäischen Union regiert wird. Dabei wird der Frage nachgegangen, was unter Mehrebenen-Governance zu verstehen ist, wie dieses neue Konzept mit den klassischen Ansätzen des Föderalismus zusammenhängt, welche Typen von Mehrebenen-Governance sich unterscheiden lassen und

inwiefern Kritik am Konzept zur Weiterentwicklung desselben führt. Zuletzt wird anhand der Rolle der Regionen aufgezeigt, inwiefern die EU bereits als ein Mehrebenensystem zu verstehen ist.

Das achte Kapitel zu **Parteien** (Philipp Weinmann und Sebastian Jäckle) definiert den Begriff der Parteien in Abgrenzung zu anderen Vereinigungen sowie ihre Funktionen für das politische System. Nach einer Diskussion zur Entstehung von Parteien, welche die zentrale Bedeutung des historischen Kontexts und hierbei insbesondere die Relevanz der eine Gesellschaft prägenden Konfliktlinien verdeutlicht, erläutert der Beitrag die verschiedenen Parteitypen (z. B. Volks- und Kartellparteien) und diskutiert die große Bedeutung, die dem Medianwähler auf die ideologische Ausgestaltung des Parteienspektrums zugeschrieben wird. Die Gesamtheit der in einem politischen System beheimateten Parteien und deren Interaktionen können unter dem Begriff des Parteiensystems subsumiert werden. Wie sich Parteiensysteme unterscheiden lassen und welche Faktoren ursächlich für die empirisch vorzufindenden Ausprägungen sind, darauf gibt dieses Kapitel abschließend ebenfalls Antworten.

Kapitel neun, das mit dem Titel **Regierung** (Sebastian Jäckle und Thomas Metz) überschrieben ist, behandelt primär die exekutive Gewalt in politischen Systemen. Nach einer Definition des Regierungsbegriffs und der Beschreibung ihrer Aufgaben wird das Augenmerk auf die verschiedenen Typen von Regierungen gelegt (Kabinettsystem vs. Präsidialsystem). Um die Frage zu klären, welche Parteien nach einer Wahl die Regierung stellen, werden zudem verschiedene Koalitionstheorien (*Office-* und *Policy-Seeking-*Theorien sowie der *Portfolio-Allocation-Ansatz*) präsentiert. Daneben erläutert der Beitrag, welche Faktoren die Stabilität von Regierungen beeinflussen. Im letzten Abschnitt des Kapitels wird der Fokus dann auf den Gegenspieler der Regierung, die Opposition und deren (Kontroll-)Möglichkeiten gerichtet.

Das zehnte Kapitel zur **Politischen Kultur** (Uwe Wagschal, Rafael Bauschke) befasst sich mit einem in der Literatur vielfältig verwendeten Konzept, welches im Ruf steht eher schwammig denn konkret zu sein. Ausgehend von einer Begriffsklärung werden verschiedene Konzepte der theoretischen und empirischen Erfassung politischer Kultur diskutiert, insbesondere das Konzept der *civic culture* von Almond und Verba (1963). Neben diesen konzeptionellen und empirischen Teilen werden noch zwei Anwendungsbeispiele aus der politischen Kulturforschung vorgestellt: (1) Gibt es kulturelle Einflüsse im Hinblick auf die Homonegativität, also der Einstellung gegenüber Homosexuellen? (2) Lassen sich Kulturkonflikte identifizieren und welchen Einfluss haben kulturelle Faktoren auf gewaltsame, politische Konflikte?

Das elfte Kapitel zu **Politischen Eliten** (Rafael Bauschke, Sebastian Jäckle, Pascal König, Uwe Wagschal und Georg Wenzelburger) befasst sich im Kern mit der Frage wie und von wem Entscheidungen getroffen werden. Dabei haben die Begriffe politische Elite, Leadership und politische Strategie sowohl einen allgemeinen, umgangssprachlichen als auch einen fachwissenschaftlichen Bedeutungsinhalt. Im Mittelpunkt des Kapitels steht dabei das Verhältnis von Entscheidenden und Betroffenen, von Herrschenden und Beherrschten. So fokussiert die akteurs- bzw. personenzentrierte Leadership-Forschung auf Persönlichkeitsmerkmale der »Anführer«, was durchaus als Kontrast zu der starken System- und Institutionenorientierung in der Politikwissenschaft gesehen werden kann.

In Kapitel zwölf mit dem Titel **Verbände und Korporatismus** (Uwe Wagschal und Maximilian Grasl) werden nach einer Begriffsklärung und einer Abgrenzung des Bedeutungsinhaltes der zentralen Konzepte zunächst die Funktionen von Verbänden behandelt. Daran anschließend werden die zentralen Verbändetheorien wie etwa der Pluralismus, der Korporatismus sowie polit-ökonomische Ansätze behandelt. Der dritte Teil des Kapitels typologisiert Interessengruppen und diskutiert deren Policy-Wirkungen. Schließlich werden die Staat-Verbände-Beziehungen noch unter dem Blickwinkel unterschiedlicher Machtverhältnisse betrachtet.

Kapitel dreizehn, das sich mit **Medien** (Markus B. Siewert und Georg Wenzelburger) beschäftigt, liegt an einer zentralen Schnittstelle zwischen politischen Akteuren und der Gesellschaft – den (Massen-)Medien. Aufbauend auf Erkenntnissen der Medienutzungsforschung stellt der Beitrag den Einfluss der Medien im politischen Entscheidungsprozess dar. Die empirische Analyse unterschiedlicher Mediensysteme – unter anderem anhand von Indikatoren wie der Stärke der Zeitungsindustrie oder der Höhe des staatlichen Interventionismus – zeigt eine deutliche Varianz im OECD-Vergleich. Der Beitrag geht zudem auf die Rolle ein, die die Medien im politischen Kommunikationsprozess einnehmen: Gibt es eine Mediatisierung der Politik? Inwiefern können die Medien beispielsweise über Agenda-Setting, Priming und Framing Einfluss auf die Politik ausüben? Als Beispiele für die empirisch-vergleichende Untersuchung politischer Kommunikation werden der Zusammenhang zwischen Medien und Demokratiequalität, die Bedeutung der Medien im Wahlkampf wie auch das Konzept der politischen Kommunikationskultur diskutiert. Abschließend geht dieses Kapitel der Frage nach, ob bzw. inwieweit das Internet die politische Kommunikation gänzlich neu erfindet oder doch nur marginal verändert.

Das vierzehnte Kapitel zu **Bürokratie und öffentlicher Verwaltung** (Carola Fricke und Markus B. Siewert) setzt in gewisser Weise da an, wo der Beitrag zur Regierung aufgehört hat, denn das eigentliche Regieren ist ohne die weitere Umsetzung der von der Exekutivgewalt vorgegebenen politischen Agenda durch eine Verwaltung bzw. Bürokratie nicht denkbar. Das Kapitel beginnt mit der Definition des Begriffs der öffentlichen Verwaltung und einer Typologisierung der unterschiedlichen Verwaltungsformen. Anschließend wird der Stand der Forschung zum Thema Verwaltung aus politik- wie rechtswissenschaftlicher Perspektive aufgezeigt. Nach einer Deskription der bundesdeutschen Verwaltungspraxis wird der Blick auf den internationalen Vergleich von Verwaltungstraditionen gelenkt. Hierbei zeigen sich beispielsweise große Unterschiede bei der Anzahl der im öffentlichen Dienst beschäftigten Personen oder auch der Offenheit des Verwaltungsapparates gegenüber Quereinsteigern. Der letzte Abschnitt dieses Beitrags diskutiert unter den Stichworten New Public Management und E-Government aktuelle Entwicklungen in der Verwaltungsforschung.

Kapitel fünfzehn mit der Überschrift **Vergleichende Staatstätigkeitsforschung** (Georg Wenzelburger und Frieder Neumann) hat den Output sowie die Outcomes politischer Prozesse zum Gegenstand. Der Beitrag definiert zunächst Staatstätigkeit und stellt Optionen vor, um diese zu messen. Im Anschluss daran werden die sechs Ansätze der Staatstätigkeitsforschung entsprechend der Heidelberger Schule erläutert. Obgleich diese gut geeignet sind, um beispielsweise die Höhe bestimmter Policy-Outcomes zu

erklären, erfassen sie doch den kausalen Prozess, wie es zu einer Policy-Veränderung kommt, nur oberflächlich. Daher stellt der Beitrag mit dem *Advocacy-Coalition Framework*, dem Akteurzentrierten Institutionalismus und dem *Multiple-Streams*-Ansatz drei weitere integrative Ansätze genauer dar, die besser geeignet sind, um solche kausalen Pfade der Policy-Formulierung abzubilden.

Das sechzehnte und letzte Kapitel handelt vom **Sozialstaat und der Sozialpolitik** (Frieder Neumann und Elina Schleutker). Die Sozialpolitik stellt eines der wichtigsten, gemessen an der Zahl politikwissenschaftlicher Arbeiten wohl sogar das wichtigste Policy-Feld dar, weshalb sie in diesem Buch ein gesondertes Kapitel erhält. Der Beitrag definiert zunächst den Begriff und die Ziele des Sozialstaats (bzw. Wohlfahrtsstaats), ordnet seine Entstehungsgeschichte historisch ein und zeigt auf, entlang welcher Strukturprinzipien sich Sozialstaaten typologisieren lassen. Im Anschluss daran werden die empirisch vorzufindenden Wohlfahrtsregime verglichen, wobei eines der großen Probleme wohlfahrtsstaatlicher Forschung, nämlich die Frage, was einen starken Sozialstaat eigentlich auszeichnet, unter dem Schlagwort »Dependent Variable Problem« diskutiert wird. Abschließend werden aktuelle Entwicklungen der Wohlfahrtsstaatsforschung wie die Auswirkungen der Globalisierung oder der Europäischen Integration besprochen.